

SUDAN

Sklavenhandel am Gazellenfluss?

In der Bürgerkriegsregion im Süden des Landes kauft eine Hilfsorganisation Menschen frei, die angeblich in die Sklaverei entführt wurden. Doch Kritiker glauben an einen ausgemachten Schwindel.

In seinem Reiseroman „Im Sudan“ schilderte Karl May 1896 das wohlverdiente Ende einer Bande von Menschenräubern: „Ich sagte schon, dass der Berg an drei Seiten senkrecht abfiel. Die Sklavensklaven wurden an die eine Seite gebracht, dort hart an der Kante aufgestellt und erschossen. Ihre Leichen stürzten in die Tiefe. Wehe dem, der wehe tut.“

Hundert Jahre später scheint die Sklavensklavenjagd erneut aufzuleben. Schauplatz ist wieder der Sudan und dort genau jenes Gebiet, das der Schöpfer des Kara Ben Nemsi in seinem Buch beschrieben hat: die Region am Bahr al-Ghasal, dem Gazellenfluss, an der Grenze zwischen dem arabischen Norden und dem schwarzafrikanischen Süden des Landes.

An dieser Nahtstelle zwischen zwei Kulturen tobt seit 17 Jahren ein Bürgerkrieg, der etwa zwei Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Gekämpft wird vordergründig um die Unabhängigkeit des von Christen und Animisten bewohnten Sü-

dens vom islamischen Nordsudan. Aber es geht auch um handfeste wirtschaftliche Interessen: Seit einem Jahr fördern Energiemultis im Süden Öl, wovon allerdings nur der Norden profitiert: Durch eine 1600 Kilometer lange Pipeline wird der Devisenbringer bis zum Roten Meer gepumpt.

In dem umkämpften Grenzgebiet können Journalisten aus aller Welt mehrmals im Jahr ein Schauspiel wie aus dem Karl-May-Schmöker erleben: Zu einem angegebenen Zeitpunkt taucht in der Savanne eine Karawane auf. Vermummten Arabern mit wehender Dschallabija folgen Hunderte Afrikaner im Gänsemarsch, darunter Kinder in zeretzten Kleidern und Mütter mit ihren Babys auf dem Rücken.

Die Karawane bewegt sich bis zu einer Baumgruppe, unter der zwei Weiße warten. Die Afrikaner – es handele sich um Sklaven, werden die Journalisten belehrt – lassen sich nieder. Dann wird einer nach dem anderen namentlich aufgerufen und freigekauft. Einer der Weißen übergibt den

vermummten Arabern bündelweise Geld; anschließend nehmen glückliche Angehörige die Losgekauften in Empfang.

Dutzende Journalisten haben diesen seltsamen Vorgang gefilmt und beschrieben. Ein Reporter des SPIEGEL berichtete darüber im Dezember 1995, das ZDF im vergangenen Mai. Wie die meisten früheren Berichte pries die ZDF-Reportage den Einsatz der in Zürich ansässigen Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI). Mit Spendengeldern aus Europa und Nordamerika hat sie nach eigenen Angaben bereits mehr als 33 000 Menschen aus der Sklaverei gerettet.

Inzwischen ist das Befreiungsprogramm ins Zwielflicht geraten. Der Freikauf sei „nicht tolerierbar“, findet das Uno-Kinderhilfswerk Unicef. Die britische Anti-Slavery International, die älteste Organisation der Welt zur Bekämpfung der Sklaverei, lehnt den Loskauf ebenfalls ab. Die ehemalige deutsche Filiale von CSI, die sich rechtlich wie finanziell von der Schweizer

Rückkehr von angeblichen Sklaven aus dem Nordsudan: Mit Spendengeldern 33 000 Menschen gerettet?

FOTOS: M. MATZEL / DAS FOTOARCHIV



Organisation gelöst hat, will nichts mehr mit der Aktion zu tun haben. Und Jim Jacobson, ehemaliger Präsident des amerikanischen Zweigs von CSI, bietet Spendern an, ihr Geld zurückzuerstatten.

Die Kritiker des Geschäfts fürchten, dass die angebliche Befreiung erst den Markt schafft, den sie unterbinden will. Die Aussicht, geraubte Menschen wieder verkaufen zu können, biete den modernen Sklavenjägern zunächst einmal die Möglichkeit, ihr archaisches Gewerbe auszuüben. Und wenn das so wäre, triebe dann eine bislang respektierte Hilfsorganisation in Wahrheit nur ein makabres Spiel mit der Not der Menschen in einem der schlimmsten Krisengebiete der Welt?

Der Verdacht liegt nahe, dass CSI über die Freikaufaktionen Geld an die christlichen Bürgerkriegskämpfer des Südsudan transferiert und dass die Horrorgeschichten, welche die angeblich Befreiten zu berichten haben, vornehmlich zum Eintreiben von Spenden dienen.

Denn freigelassene Frauen und Jugendliche erzählen, wie sie von Milizen und Soldaten in den Norden verschleppt wurden und dort als Sklaven in Haushalten und auf Feldern arbeiten mussten. Es habe wenig zu essen gegeben, aber viele Schläge, Mädchen würden sexuell missbraucht – bis dann eines Tages jemand kam, der dem Sklavenhalter Geld gab und die Zurückgekauften in der geheimnisvollen Karawane heim in den Süden begleitete.

Der Appell an das Mitleid wirkt. Rentner in aller Welt überweisen Spenden. Kinder schlachten ihre Sparschweine. Barbara Vogel, Lehrerin im US-Bundesstaat Colorado, sammelte mit ihren Fünftklässlern über 50 000 Dollar für die Sklavenbefreiung. Derzeit erhalten vor allem deutsche Kirchengemeinden Briefe mit der Bitte, Geld zu spenden und eine Petition zu unterschreiben: Kanzler Gerhard Schröder möge Druck auf die sudanesisische Regierung ausüben, damit die endlich die Menschenrechte achtet und den Krieg gegen die Bevölkerung im Süden beende.

„Das islamistische Regime will den ganzen Sudan zwangsislamisieren. Der von Khartum erklärte Heilige Krieg, künstlich erzeugte Hungersnöte und die Sklavenraubzüge dienen diesem Ziel“, schreibt der pensionierte Pfarrer Hansjürg Stückelberger den deutschen Kirchgängern. Der 68-jährige Schweizer ist Präsident der 1977 gegründeten Organisation CSI. Seine Darstellung des Konflikts als Kampf des Halmonds gegen das Kreuz hat bei religiös engagierten Menschen viel Erfolg.

So kann denn der Amerikaner John Eibner, 48, mit viel Geld im Gepäck alle zwei bis drei Monate nach Afrika reisen. Der CSI-Projektdirektor, der den Freikauf von Sklaven im Sudan organisiert, fliegt in den von der Befreiungsorganisation Sudan People's Liberation Army (SPLA) kontrollierten Süden. Dort arbeiten Helfer und



Sklavenfreikäufer Eibner, arabische Zwischenhändler: Monopol gesichert



**Kämpfer in der Bürgerkriegsregion
Hilfe aus der Schweiz**

Rebellen eng zusammen: SPLA-Funktionäre tauschen die harte US-Währung in sudanesisches Geld, SPLA-Kämpfer sichern die Freikaufaktionen.

CSI zahlt nach eigenen Angaben 50 Dollar für jeden angeblichen Sklaven, den sie von den Mittelsmännern zurückkauft. Das ist viel Geld im bettelarmen Sudan, wo der Menschenhandel eine lange Tradition hat. Denn der Südsudan war seit Jahrhunderten das klassische Jagdrevier arabischer Sklavenhändler. Aber auch die Schwarzafrikaner der Region raubten bei Stammesfehden ihren Gegnern nicht nur das Vieh; sie entführten gleichfalls Frauen und Kinder. Weil die Verschleppten oft freigekauft oder ausgetauscht wurden, blieb der Unterschied zwischen Geiselnahme und Versklavung stets unscharf.

Zwar hatten andere Hilfsorganisationen von Anfang an Bedenken gegen den Freikauf durch CSI geäußert. Doch das wurde von den meisten Beobachtern als übliche Rivalität in der Entwicklungshelferszene abgetan. Andere Organisationen seien eben nicht auf die Idee gekommen, sich um die Entführten zu kümmern, und des-

halb neidisch, rechtfertigen sich CSI-Mitarbeiter. Denn mehr als alle anderen Aktionen bringt ihnen Sklavenbefreiung Publicity und Spendengelder. Inzwischen hat sich CSI in Absprache mit der SPLA das Monopol auf den Loskauf gesichert.

„Wie kann der Sklavenjagd und dem Sklavenhandel Einhalt geboten werden, solange damit Profit gemacht werden kann?“, fragt der britische Sudan-Experte Peter Verney in der Quartalschrift der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst „Der Überblick“. Die Zahl „erretteter“ Sklaven sei in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Möglicherweise sei ein Markt entstanden mit „Menschen, die speziell gefangen genommen wurden, um sie an Ausländer zurückzuverkaufen“.

CSI bestreitet, dass die Freikäufe den Markt angeheizt hätten: Seit Jahren sei der Preis für einen Sklaven stabil geblieben. Was die Organisation verschweigt: Durch Tricks beim Umtausch des Geldes konnten die Helfer ihren SPLA-Partnern weit mehr Geld zustecken, als diese für die Mittelsmänner beim Sklavenfreikauf benötigten. So behauptet eine von der kanadischen Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung, dass die Menschenhändler und die SPLA-Kämpfer sich die Spendengelder teilen. Einheimische würden bei den Übergabe-Zeremonien in die Rolle von befreiten Sklaven schlüpfen. Für diese Vorwürfe scheint es Belege zu geben: Unter an-

geblich aus dem Norden heimgeführten Ex-Sklaven waren Kinder, die noch ihre Kennzeichnungsbänder aus dem Ernährungszentrum eines Hilfswerks im Südsudan trugen.

Projektleiter Eibner weist alle Täuschungsvorwürfe zurück. Immerhin sah sich seine Organisation veranlasst, zusätzlich zu Namenslisten, Interviews und Fotos von Freigekauften eine weitere Kontrolle einzuführen: TV-Teams aus den Niederlanden und Südafrika konnten in diesem Frühjahr filmen, wie CSI-Mitarbeiter befreiten Sklaven Fingerabdrücke abnahmen.

„Die werden später eingescannt und überprüft“, erfuhren die Reporter. Mit Hilfe der Daktyloskopie soll ausgeschlossen werden, dass Personen mehrmals als Befreite auftreten. Experten bestreiten allerdings, dass die in glühender Sonne aufgenommenen Abdrücke fehlerfrei ausgewertet werden können.

Zweifel an den Freikäufern erregt auch die Menge der Rückkehrer im dünn besiedelten Gebiet am Gazellenfluss. So war den Journalisten aus Holland und Südafrika, aber auch dem SPIEGEL-Fotografen Markus Matzel aufgefallen, dass die Dörfer auf dem Weg zu den geheimen Freikaufplätzen völlig menschenleer waren. Die Erklärung, die Leute seien eben auf ihren Feldern, klang wenig überzeugend.

Doch wenn Journalisten über die Sklavenfreikäufe berichten wollen, sind sie völlig auf die Unterstützung von CSI und SPLA angewiesen. Das Hilfswerk wählt die Berichterstatter aus, sorgt für den Flug in den Südsudan, den Transport und die Unterbringung vor Ort und stellt dort die Interviewpartner und die Übersetzer.

Ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Reuters ließ sich die Story eines aus der Sklaverei befreiten Jungen deshalb erst vom gestellten Dolmetscher übersetzen, dann von einem anderen Sudanesen. Er hörte zwei unterschiedliche Geschichten. Aber die wenigsten zum Sklavenfreikauf eingeladenen Reporter haben ein Interesse daran, die sensationelle Story zu Tode zu recherchieren.

Immerhin erregt gerade die Präzision des CSI-Programms bei Afrika-Veteranen den schlimmen Verdacht, ihnen werde eine perfekte Show geboten. Dann allerdings gäbe es nicht nur in Hinblick auf den Tatort Sudan eine Beziehung zu Karl May, von dem bekannt ist, dass er seine Geschichten erfunden hat.

Mays Sklaven-Episode aus dem Roman „Im Sudan“ endet jedenfalls mit frommen Worten, die auch den christlichen Sklavenbefreier von CSI nicht fremd sein können: „Man sage nicht, der Neger fühle nicht so wie wir. Er fühlt sogar leidenschaftlicher als wir und kann dabei dem Unglück nicht den Trost entgegensetzen, den uns der Glaube an einen Gott der Liebe und der Weisheit gibt.“

HANS HIELSCHER, GERT HOLLE



Staatschef Kim, Präsident Putin in Pjöngjang: „Von Genosse zu Genosse“

RUSSLAND

„Die Duma tanzt“

Die Koalition zwischen Geheimpolizei und Großkapital zerbricht. Das Parlament wird entmachtet, die Presse kontrolliert – Putin steuert in den autoritären Staat.

Ein Abgeordneter, der es sich leisten kann, schlug Alarm. „Das Vorgehen der Staatsmacht“, donnerte vorigen Mittwoch der milliardenschwere Boris Beresowski, steigere sich zu „gefährlichem und unverschämtem Handeln“.

Dann legte der frühere Förderer des Präsidenten Wladimir Putin demonstrativ sein Duma-Mandat nieder. „Ich will an der Zerstörung Russlands nicht mitwirken.“

Doch in seinem Feldzug gegen Russlands Oligarchen ließ sich der Herr im Kreml auch durch solchen Protest nicht beeindrucken. Seine Staatsanwälte holten gleich zum nächsten Schlag gegen andere Firmenchefs aus: Die Geschäftsräume der Konzerne Gasprom und Awtowas wurden durchsucht. Medien-Großunternehmer Wladimir Gussinski, kurzzeitig verhaftet, erfuhr am Rande eines Routineverhörs von der Beschlagnahme seines Privatvermögens. Premier Michail Kassjanow höhnte: „Die Oligarchen haben ihre Immunität verloren.“

Die Koalition zwischen der Geheimpolizei FSB, Putins Hausmacht, und dem Kapital zerbricht. Unter der Parole „Stärkung der Machtvertikale“ forciert Putin gleich an mehreren Fronten den Kampf um die Vorherrschaft in Russland.

Weil er nach fünf Monaten als Premier und einem weiteren halben Jahr im Präsidentenamt noch immer keine Erfolge vermelden kann, sucht Putin bereits Sünden-

böcke und versucht gleichzeitig sein Glück in der Außenpolitik. Als „strategische Partner“ hat er sich die beiden letzten kommunistischen Staaten ausgesucht, das Entwicklungsland China und das bettelarme Nordkorea.

In Pjöngjang traf er sich mit dem Diktator Kim Jong Il „von Genosse zu Genosse“, wie das Moskauer Staatsfernsehen berichtete. Putin, der sich in Fernost das rote Halstuch der Kinder-Kommunisten umlegen ließ, möchte wohl auch zu Hause zur Herrschaftspraxis seiner Kindheit zurückkehren, argwöhnt der liberale Parlamentarier Konstantin Borowoi: „mit einer kleinen Gruppe von KGB-Leuten, die dem Land die wenigen errungenen Freiheiten wieder abknöpfen wollen“.

Das erste Opfer autokratischer Ambitionen wurde vorige Woche der russische Föderationsrat. In diesem Oberhaus, vergleichbar dem deutschen Bundesrat, sollen künftig nicht mehr Regierungs- und Parlamentschefs ihre Gebiete und Teilrepubliken vertreten, sondern nur noch von ihnen entsandte, leichter zu zählende Beamte.

Ein schlichter Befehl aus Moskau kann künftig Provinzfürsten, die sich nicht an die Gesetze halten, vom Dienst suspendieren. Sie sind überdies jetzt sieben von Putin berufenen Generalgouverneuren unterstellt. Am besten sollen die Landeshauptlinge auch nicht mehr von ihren Bürgern gewählt, sondern ebenfalls von Putin ernannt wer-